

Art der Verarbeitungstätigkeit

Erhebung, Erfassung, Speicherung, Auswertung und Löschung von personenbezogenen Daten durch die Untere Bodenschutzbehörde bei der Kreisverwaltung Kaiserslautern im Vollzug des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und des Landesbodenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LBodSchG) und auf deren Grundlage erlassener Verordnungen und Gesetze.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Kreisverwaltung Kaiserslautern
- Fachbereich 5.4 –
-Untere Bodenschutzbehörde-
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern
Telefon +49 (0)631/7105-324 / 472
Telefax + 49 (0)631/7105-474
Webseite: <https://www.kaiserslautern-kreis.de>
E-Mail: info@kaiserslautern-kreis.de

2. Beauftragte für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Kreisverwaltung Kaiserslautern
- Datenschutzbeauftragte -
E-Mail: datenschutz@kaiserslautern-kreis.de
Telefon: + 49 (0) 631 7105-750
Telefax: + 49 (0) 631/7105-94750

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Zweck der bodenschutzrechtlichen Vorschriften ist es, nachhaltig die Funktionen des Bodens zu sichern oder wiederherzustellen. Hierzu sind schädliche Bodenveränderungen abzuwehren, der Boden und Altlasten sowie hierdurch verursachte Gewässerverunreinigungen zu sanieren und Vorsorge gegen nachteilige Einwirkungen auf den Boden zu treffen. Dies ist Aufgabe der Bodenschutzgesetze und ihres Vollzugs. Die Kreisverwaltung Kaiserslautern, als Untere Bodenschutzbehörde, ist eine der Vollzugsbehörden im Bodenschutzrecht und verarbeitet im Rahmen Ihrer Aufgaben und Zuständigkeiten personenbezogene Daten.

Informationspflicht_Art.13DSGVO_Bodenschutz_Stand20250801 (003).doc

Postanschrift
Lauterstraße 8
67657 Kaiserslautern

Öffnungszeiten
Lauterstraße 8, 67657 Kaiserslautern
Mo, Di 08.00 - 12.00 + 13.30 - 16.00 Uhr
Mi, Fr 08.00 - 12.00 Uhr
Do 08.00 - 12.00 + 13.30 - 18.00 Uhr

Telefon
0631/7105-0
Telefax
0631/7105-474

Internet
www.kaiserslautern-kreis.de
E-Mail
info@kaiserslautern-kreis.de

Bankverbindung
Sparkasse Kaiserslautern
IBAN DE69 5405 0220 0000 0058 68
BIC MALADE51KLK
Gläubiger-ID-Nr.: DE03ZZZ00000029112

Die Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. c und e DS-GVO i. V. m. den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG) und des Landesbodenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LBodSchG) und auf deren Grundlage erlassener Verordnungen und Gesetze.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden innerhalb der zuständigen Vollzugsbehörde (Kreisverwaltung Kaiserslautern, Untere Bodenschutzbehörde) an diejenigen Personen und Fachbereiche weitergeleitet, welche mit der Bearbeitung des bodenschutzrechtlichen Verfahrens betraut sind und diese Daten zum Vollzug des Bodenschutzrechts benötigen.

Des Weiteren können Daten an weitere Behörden, externe Stellen etc. weitergeleitet werden, welche im bodenschutzrechtlichen Verfahren beteiligt werden oder denen ein Akteneinsichts- oder Informationsanspruch zusteht.

Darüber hinaus können folgende Stellen Ihre Daten erhalten:

Vom Landkreis Kaiserslautern eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

Dritte nur bei Vorliegen einer gesetzlichen, vertraglichen oder behördlichen Verpflichtung.

5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation findet grundsätzlich nicht statt.

Nur ausnahmsweise übermitteln wir Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Abwicklung des Verfahrens verarbeitet und gespeichert, soweit dies erforderlich ist.

Darüber hinaus bestehen verschiedene Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (maximal 10 Jahre), die sich u. a. aus dem EU-Recht sowie nationalen Gesetzen und Regelungen ergeben.

7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b bis c DS-GVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)

Recht auf **Berichtigung**, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)

Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft.

Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.

Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere

- soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit
- wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt werden und deshalb nicht gelöscht werden können, oder
- wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.

Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DS-GVO) dient.

Recht auf **Widerruf der Einwilligung**

Erfolgt die Verarbeitung Ihrer Daten aufgrund einer Einwilligung, haben Sie das Recht, die Einwilligung jederzeit zu widerrufen, ohne dass die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung berührt wird.

8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d i.V.m. Art. 77 DS-GVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0

Telefax: +49 (0) 6131 8920-299

Webseite: www.datenschutz.rlp.de

E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de